

Sehr geehrte Damen und Herren,

bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 29. April 2017 möchte ich Ihre Fragen beantworten.

1. Lebensstandard im Alter sichern

Wer in Rente geht, darf keine Angst haben, sozial abzustiegen und massive Einschnitte in der Lebensführung hinnehmen zu müssen. Das ist ein zentrales Versprechen des Sozialstaats. Das Rentenniveau muss daher auf seinem aktuellen Niveau stabilisiert werden und sollte langfristig wieder ansteigen. Das würde auch das Vertrauen in die gesetzliche Rente stärken.

Rente ist aber immer auch ein Spiegelbild des Erwerbslebens. Deshalb sind ein hoher Beschäftigungsstand, gute Arbeitsbedingungen und vor allem gute Löhne zentral für die Zukunft der Altersversorgung. Mit der Stärkung der Tarifpartnerschaft und dem Mindestlohn hat die SPD wichtige Schritte für eine bessere Rente durchgesetzt. Diesen Weg werden wir weitergehen.

2. Altersarmut verhindern

Altersarmut hat viele Ursachen. Sie geht vor allem auf brüchige und unstete Erwerbsbiografien zurück: Durch Phasen der Arbeitslosigkeit, Familienphasen, geringfügige Beschäftigung, langanhaltende oder gar dauerhafte Teilzeitbeschäftigung, nicht abgesicherte selbstständige Tätigkeiten. Hinzu kommt das Armutsrisiko Niedriglohn. Deshalb müssen wir auch an unterschiedlichen Stellen ansetzen, um Altersarmut zu verhindern: Dabei spielt der Zusammenhang zwischen guter Arbeit, guten Löhnen, guter Rente eine entscheidende Rolle. Deshalb hat die SPD mit dem gesetzlichen Mindestlohn endlich eine Untergrenze für Löhne durchgesetzt. Deshalb wollen wir die Tarifbindung stärken. Deshalb verbessern wir die Bedingungen für gleiche Teilhabe von Frauen am Arbeitsleben. Deshalb wurde das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit gestärkt - für Frauen und Männer ebenso wie in der Leiharbeit. Es gab Verbesserungen im Unterhaltsrecht. Denn insbesondere Alleinerziehende sind von Armut - nicht nur im Alter - bedroht. Aber auch in der Rentenpolitik wurden wichtige Schritte zur Bekämpfung von Altersarmut unternommen. Dies gilt für Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und für die Stärkung von Prävention und Rehabilitation. Ein weiter sinkendes Niveau der gesetzlichen Rente führt dazu, dass immer länger gearbeitet werden müsste, um eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu erhalten. Auch deshalb muss das Niveau dringend stabilisiert werden.

Klar ist: Wer lange gearbeitet und Beiträge gezahlt und dabei wenig verdient hat, darf nicht genauso behandelt werden, wie jemand, der nie oder kaum gearbeitet hat. Mit einer Mindestrente oberhalb der Grundsicherung wollen wir für mehr Gerechtigkeit sorgen. Wer Mindestrente bezieht, muss keine Bedürftigkeitsprüfung fürchten. Der Vorschlag einer Solidarrente, den Bundesministerin Andrea Nahles Ende letzten Jahres gemacht hat, ist dafür eine gute Diskussionsgrundlage.

3. Erwerbstätigenversicherung

Als Sozialdemokraten setzen wir uns für eine möglichst umfassende Einbeziehung aller Beschäftigten in die sozialen Sicherungssysteme - also auch in die Rentenversicherung - gemäß dem Konzept einer Erwerbstätigenversicherung ein. Uns ist wichtig, dass die Finanzierung der Rente den Prinzipien der Solidarität und Parität folgt.

Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung erweitern, in die Abgeordnete, Freiberufler, Selbstständige und Versorgungswerke integriert werden. Perspektivisch sollten auch Beamte einbezogen werden. Die geplante grundsätzliche Pflichtversicherung von Selbstständigen, wie sie Andrea Nahles vorschlägt, ist dabei ein erster wichtiger Schritt.

Die fehlende Altersvorsorge insbesondere vieler Soloselbstständiger bedeutet ein enormes Armutsrisiko im Alter. Ehemals Selbstständige sind bei den BezieherInnen von Grundsicherung überrepräsentiert.

4. Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken

Versicherungsfremde Leistungen und gesamtgesellschaftliche Aufgaben sind konsequent und vollständig aus Steuermitteln zu finanzieren. Das gilt für die Mütterrente und ebenso für die Angleichung der Ost- mit den Westrenten. Hier konnte sich die SPD leider nicht gegenüber CDU/CSU durchsetzen. Dies zu ändern wäre in der neuen Legislaturperiode ein erst konsequenter Schritt.

Außerdem führt die Einbeziehung weiterer Berufsgruppen hin zu einer Erwerbstätigenversicherung dazu, dass die gesetzliche Rentenversicherung finanziell auf breitere Beine gestellt wird.

Die Erhöhung des Staatszuschusses und die schrittweise Anhebung des Beitragssatzes zum Aufbau einer Demografiereserve würden weiter finanzielle Spielräume eröffnen.

5. Rentenpolitische Fehler korrigieren

Rentenpolitische Entscheidungen der Vergangenheit müssen immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden. Die Anpassung und Weiterentwicklung unseres Systems der Alterssicherung ist eine ständige Aufgabe der Politik. Das Problem der „Zwangsverrentung“ von Hartz-IV-BezieherInnen ist in dieser Legislaturperiode im Rahmen der Flexiblen Übergänge in die Rente entschärft worden. Zwar bleiben die Leistungen des SGB II nachrangig, Leistungsberechtigte im SGB II sollen jedoch zukünftig nicht mehr verpflichtet werden können, eine vorzeitige geminderte Altersrente in Anspruch zu nehmen, wenn sie dadurch absehbar dauerhaft auf Leistungen aus der Grundsicherung im Alter angewiesen sein werden.

Die Anpassung der Ost- und Westrenten wurde am 01. Juni im Bundestag beschlossen. Sicherlich handelt es sich hierbei um einen Kompromiss. Wie bereits unter Frage 4 beantwortet, hätte sich die SPD eine volle Steuerfinanzierung gewünscht. Außerdem wäre eine vollständige Angleichung nicht erst im Jahr 2025 wünschenswert gewesen. Dennoch ist die Angleichung der Renten in Ost und West ein bedeutender Schritt zur Vollendung der Deutschen Einheit, zur Anerkennung von Lebensleistung und Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger in Deutschland.

Die sogenannte Doppelverbeitragung von Sozialversicherungsbeiträgen in der betrieblichen Altersvorsorge ist bekanntermaßen ärgerlich. Hier wurde im Rahmen des Betriebsrentenstärkungsgesetz eine Lösung gefunden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich hoffe, ich konnte Ihre Fragen zufriedenstellend beantworten. Im Anhang übersende ich Ihnen zur weiteren Information das Rentenkonzept der SPD. Sollten Sie weitere Fragen haben, stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Hümpfer

SPD Bundestagskandidat

Vorsitzender SPD Schonungen

Vorsitzender AfA UB Schweinfurt/Kitzingen

Kirchstraße 16

97453 Forst

Mobil: 0151 24095846

www.markus-huempfer.de